

Kreis-Blatt.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich, am Sonnabend. Der Pränumerationspreis beträgt 3 M. für das ganze Jahr.
An Insertions-Gebühren werden für die gespaltene Korpus- Zeile oder deren Raum 15 Pfg. berechnet.
Es wird ersucht, Inserate bis spätestens Donnerstag mittag an die Redaktion des Blattes zu senden.

Stück 10.

Rybnik, den 8. März.

1919.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 8. Januar 1919 über die Ablieferung von Feuerwaffen usw. (Sonderausgabe zu Stück 2 des Regierungsamtsblattes S. 21) fordere ich in Ausführung der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 — R. G. Bl. S. 51 — hiermit auf, bis zum 1. März 1919 sämtliche Schusswaffen sowie Munition aller Art zu Schusswaffen an die Garnisonkommandos oder den dort liegenden Truppenteil abzuliefern. In Orten, in denen solche Annahmestellen nicht vorhanden sind, sind die Waffen an die für die Waffeninhaber zuständige Ortspolizeibehörde abzuliefern, die ihrerseits Befugnis hat, die Waffen an die hierfür bestimmte militärische Stelle abzugeben. Der Abgabe von Waffen sind diejenigen nicht unterworfen, die sich auf Grund eines Waffenscheines aber nicht Waffenerwerbsscheines im Besitze einer Waffe befinden. In anderen Fällen kann hinsichtlich der Befassung von Waffen die Ortspolizeibehörde in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen, jedoch nur nach Ausstellung eines Besitzberechtigungscheines.

Als Schusswaffen gelten Gewehre, Karabiner, Pistolen, Maschinenpistolen, Revolver, Besätze aller Art, Maschinengewehre, Handgranaten, Gewehrgranaten, Minenwerfer und Flammenwerfer.

Wer nach dem 1. März 1919 noch unbefugter Weise im Besitze von Waffen oder Munition verbleibt, wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Sollten die Waffen oder die Munition zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnis nicht unter drei Monaten.

Oppeln, den 20. Februar 1919.

Der Regierungspräsident.
J. B. Kley.

Polizeiverordnung

betreffend die Rörung der Hengste.

Auf Grund der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 wird hierdurch unter Zustimmung des Provinzialrates in Wänderung des § 10 der Polizeiverordnung betreffend die Rörung der Hengste vom 6. April 1912 (Amtsblatt Breslau 1912 S. 171, Liegnitz 1912 S. 144, Oppeln 1912 S. 153) für den Umfang der Provinz Schlesien folgendes verordnet:

Einziger Paragraph.

Die eine Ankörung aussprechenden Entscheidungen der Rörkommissionen, welche bei den Rörterminen des Jahres 1917 (§ 4 Abs. 1 der Polizeiverordnung vom 6. April 1912) und bei den folgenden Nachrörterminen (§ 9 a. a. O.) getroffen worden sind, gelten bis zu den Rörterminen des Jahres 1919.

Breslau, den 23. Januar 1919.

Der Oberpräsident.
gez. v. Guenther.

Auf Grund des § 5 Abs. 3 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 (RGBl. S. 484) wird hiermit angeordnet, daß sämtliche in den §§ 1 und 2 der Reichsgetreideordnung vom 29. Mai 1918 aufgeführten Getreidefrüchte bis spätestens den 25. März 1919 auszubreschen sind.

Nimmt der Unternehmer eines Landwirtschaftlichen Betriebes oder der Besitzer von Vorräten den Ausbruch nicht rechtzeitig vor, so werden die erforderlichen Arbeiten auf seine Kosten durch dritte vorgenommen werden.

Rybnik, den 4. März 1919.

Der Landrat.

Zu vorstehender Anordnung wird, noch folgendes bemerkt:

Der Kreis Rybník ist mit der Ablieferung von Getreide und Hülsenfrüchten noch bedeutend im Rückstande. Die Reichsgetreidestelle drängt zur Vermeidung von Störungen in der Ernährung der Menschen auf schnelle Ablieferung. Die Ablieferung muß erfolgen, bevor die Frühjahrseinstellung beginnt.

Ich ersuche die Herren Landwirte, nuncmehr alles ablieferungspflichtige Getreide restlos abzugeben. Falls auch jetzt noch die Abgabe unterbleibt, müssen militärische Kommandos auf Kosten der Landwirte die zwangsweise Abnahme bewirken.

Die Not der Zeit erfordert schnelle und restlose Abgabe.

Rybník, den 4. März 1919.

Der Kreisaußschuß.

Auf Grund des § 15 der Polizeiverordnung betreffend die Feld- und Forstpolizei vom 15. Juli 1890 (Ertrabeilage zu St. 30 des Amtsbl. der Regierung zu Oppeln) ordne ich hiermit an, daß während der Frühjahrseinstellung des Jahres 1919, d. h. vom 1. April bis 15. Mai 1919 sämtliche Tauben im Kreise Rybník eingesperrt zu halten sind.

Zu widerhandelnde Besitzer von Tauben werden nach § 15 des oben genannten Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit entsprechender Haft bestraft.

Auf Militärbrieftauben finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Nach § 3 des Gesetzes, betreffend den Schutz von Brieftauben pp. vom 28. Mai 1894 gelten als Militärbrieftauben solche Brieftauben, welche der Militärverwaltung gehören oder derselben gemäß der von ihr erlassenen Vorschriften zur Verfügung gestellt und welche mit dem vorgeschriebenen Stempel versehen sind.

Privatpersonen gehörige Militärbrieftauben genießen den Schutz vorangeführten Gesetzes erst dann, wenn in ortsüblicher Weise bekannt gemacht worden ist, daß der Züchter seine Tauben der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt hat.

Rybník, den 20. Februar 1919.

Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher des Kreises weise ich an, die an sie ergehenden Ersuchen der preussischen Kreisasse Rybník um Einziehung und Ablieferung von Steuern pp. ungehäumt zu erledigen und die angeordneten Steuerablieferungsstermine pünktlich innezuhalten, widrigenfalls ich gegen die Säumigen mit Ordnungsstrafen vorgehen würde.

Der Landrat.

Wie im Vorjahre ist auch für den kommenden Sommer infolge der in Großstädten und Industriebezirken unermindert fortbestehenden Ernährungsschwierigkeiten eine umfangreiche Verschickung von Kindern im Alter von 6 bis 14 Jahren in Aussicht genommen. Indem ich die Landleute des Kreises hierauf hinweise, ersuche ich, im Interesse der guten Sache, Kinder dieser Art, soweit es irgend die **Berpflegungs- und sonstigen Verhältnisse gestatten**, auf eine Dauer von 2—3 Monaten anzunehmen. Meldungen zur Aufnahme von Kindern nehmen die Herren Schulleiter, die auch die Bedingungen hierzu bekannt geben werden, sowie die Herren Ortsgeistlichen gern entgegen. Die Magistrate, Guts- und Gemeindevorsteher wollen diese Angelegenheit gleichfalls in jeder Weise fördern helfen und den Vertrauenspersonen (Lehrern) wirksam zur Seite stehen.

Rybník, den 27. Februar 1919.

Auf die Verordnung des Reichsausschusses für wirtschaftliche Demobilmachung vom 24. 1. 19 über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung — Reichs-Gesetzblatt S. 100 — weise ich mit Rücksicht auf ihre Bedeutung für alle Behörden des Reiches, des Staats, der Gemeinden, Gemeindeverbände, der Kirche usw., soweit sie als Arbeitgeber von Angestellten zurzeit oder bei Ausbruch des Krieges in Betracht kommen, hierdurch nochmals besonders hin.

Männliche und weibliche Angestellte und Arbeiter, die nicht auf Erwerb angewiesen sind, sollen, wozu § 9 der Verordnung eine Handhabe bietet, entlassen und durch Kriegsteilnehmer und sonstige Personen mit unterstützungspflichtiger Familie ersetzt werden.

Beim Demobilmachungsamt laufen fast täglich Beschwerden ein, daß nicht nur private Arbeitgeber, sondern auch Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden in zahlreichen Fällen nicht auf Erwerb angewiesene Personen, insbesondere weibliche Angestellte, beschäftigen und zumteil sogar neu einstellen, deren Beschäftigung durch Kriegsteilnehmer usw. vorgesehen ist.

Die Bestimmungen der genannten Verordnung sind sowohl von allen Behörden wie von den privaten Arbeitgebern zu beachten.

Bestallt wurden der Bauer Josef Kubík zum 1. Schöffen und der Gärtner Kaspar Blaschczok zum stellvertretenden Schöffen der Gemeinde Ummagruhe,

der Wirtschaftsverwalter Hans Knappe in Pilschowitz zum 1. Gutsvorsteher-Stellvertreter des Gutsbezirks Pilschowitz,

der Rentler Josef Gladysch zum 1. Schöffen der Gemeinde Ober-Schwirkau,

der Häusler Konstantin Gladel zum 2. Schöffen der Gemeinde Agl. Wielepole,

der Häusler Karl Kozlik zum stellv. Schöffen
der Gemeinde Summin.

Rybnik, den 24. Februar 1919.

Der Landrat. Dr. Lufaschek.

Als Bezirks-Schornsteinfegermeister des Mehrbezirks Rybnik VI mit dem Sitz in Pilchowitz, ist vom 1. April 1919 ab der Schornsteinfegermeister Arnold Luda aus Ober-Slogau angestellt worden.

Der Bezirk VI. umfaßt die Ortschaften:

Pilchowitz Gemeinde und Gut, Wielepole-Pilchowitz Gemeinde und Gut, Stanik Gemeinde und Gut, Barglowka Gemeinde und Gut, Klein-Rauden Gemeinde und Gut, Jankowitz-Rauden Gemeinde und Gut, Groß-Rauden Gemeinde und Gut, Kennerzdorf Gemeinde, Dchojcz Gemeinde, Niederdorf Gemeinde, Nieder Wilcza Gemeinde und Gut, Ober-Wilcza Gemeinde und Gut, Nieborowigerhammer Gemeinde und Gut, Kriewald Gemeinde, Anurów Gemeinde und Gut, Chwallenzik Gemeinde und Gut, Stodoll Gemeinde und Gut, Zwonowik Gemeinde und Gut, Gurek Gemeinde und Gut, Nieborowik Gemeinde und Gut.

Rybnik, den 27. Februar 1919.

Als Bezirkschornsteinfegermeister des Mehrbezirks Rybnik VII mit dem Sitz in Czermionka ist vom 1. April 1919 ab der Schornsteinfegermeister Max Altmas aus Falkenberg O.E. angestellt worden. Der Mehrbezirk VII umfaßt die Ortschaften: Czermionka Gemeinde und Gut, Alt-Dubensko Gemeinde und Gut, Groß-Dubensko Gemeinde und Gut, Czuchow Gemeinde und Gut, Stein Gemeinde und Gut, Beschczin Gemeinde und Gut, Krutzenik Gemeinde, Przegendza Gemeinde, Stanowik Gemeinde und Gut, Belsk Gemeinde und Gut, Sezechlowik Gemeinde, Pallowik Gemeinde und Gut, Gollow Gemeinde und Gut, Schyglowik Gemeinde und Gut.

Rybnik, den 27. Februar 1919.

Der Gutsverwalter Paul Sauer aus Beschczin ist als Gutsvorsteher des Gutsbezirks Beschczin bestatigt worden.

Rybnik, den 25. Februar 1919.

Derendant der Polesnischen Armenhausstiftung, Theophil Wiczorek, ist mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte als Gutsvorsteher-Stellvertreter der Gutsbezirke Bissel und Neuborf beauftragt worden.

Rybnik, den 25. Februar 1919.

Der Fleischbeschaubezirk Sechrbitz ist geteilt worden. Die Gemeinden Gaschowitz, Sechlowik und Kolonie Solarnia sind dem Schlachtvieh- und Fleisch-

beschauer Mazurek, die Gemeinden Peterkowik, Pieke und Sechrbitz mit Gutsbezirken dem Beschauer Bugdall in Gaschowitz übertragen worden.

Der Landrat. Dr. Lufaschek.

Der Fleischbeschaubezirk Radlin ist geteilt worden. Die Schlachtvieh- und Fleischschau in den Gemeinden Birtultau, Emmagrube und Kolonie Romanzshof ist dem Beschauer Klossel in Birtultau, in der Gemeinde Radlin mit Glasin dem Beschauer Jilius in Loslau übertragen worden.

Der Fleischbeschaubezirk Pohlom, bestehend aus den Gemeinden Altenstein, Pohlom mit Gut und Gogolau mit Gut ist dem Beschauer Rugar in Nieder-Schwirklan übertragen worden.

Rybnik, den 3. März 1919.

Der Landrat.

Der nächste Hebammenlehrgang beginnt bei den Provinzialhebammenlehreinstituten in Breslau und Oppeln am 1. Juli d. Js. — Aufnahmeanträge sind mit den vorgeschriebenen Papieren in der Zeit vom 20. April bis spätestens 1. Juni 1919 an den Herrn Landeshauptmann in Breslau einzukommen.

Der Landrat. Dr. Lufaschek.

Nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1918 bezm. 1919 vom 3. September 1918 (B. I. 2b) gelten außer dem Gesinde der Kartoffelerzeuger nur diejenigen ihrer Arbeiter als Selbstversorger, die als Lohn Kartoffeln zu beanspruchen haben. Um die Zuwanderung von Arbeitern auf das Land zu fördern, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts angeordnet, daß darüber hinaus in Zukunft allen Arbeitern, die in landwirtschaftlichen Selbstversorgerbetrieben Arbeit nehmen, für die Dauer ihres Beschäftigungsverhältnisses die Selbstversorgeration zu gewähren ist.

Rybnik, den 3. März 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Betrifft: Bucheckern.

Die noch bei den Sammelstellen lagernden Bucheckern sind zwecks Abnahme derselben umgehend bei der Reichsfuttermittelstelle, Geschäftsabteilung Breslau, Holteistraße 38, zur Anmeldung zu bringen.

Rybnik, den 26. Februar 1919.

Der Kreisausschuß.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der Reichsstelle für Gemüse und Obst Verwaltungsabteilung, wird bestimmt:

Die in der Bekanntmachung der Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Schlesien vom 25. Juli

1918 festgesetzten Erzeuger-, Groß- und Kleinhandelspreise für Spinat werden hermit aufgehoben.

Breslau, den 25. Februar 1919.

**Provinzialstelle für Gemüse und Obst
für Schlesien.**

Bekanntmachung.

Die pünktliche Einreichung

1. der Zusammenstellung der Zugänge (Muster 2),
2. die Zusammenstellung der Abgänge (Muster 3),
3. der festgesetzten Zu- und Abgangskisten

bis zum **20. März** wird den Ortsbehörden in Erinnerung gebracht. (Vergl. meine Verfügung vom 9. 4. 1918 und 9. 10. 13).

Die Abgangskisten für die Kriegsteilnehmer sind entsprechend dem Erlaß des Herrn Finanzministers vom 20. 8. 1914 — mitgeteilt durch mein Schreiben vom 5. 9. 1914 — abzuschließen und spätestens bis zum **10. März** einzureichen.

Katibor, den 28. Februar 1919.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-
Veranlagungskommission. v. Uerswald.

Pferdeschwindel.

Wie die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien mitteilt, sind in letzter Zeit wiederholt Landwirte dadurch geschädigt worden, daß ihnen von Personen, die sich fälschlicherweise als Beamte der Landwirtschaftskammer ausgaben, Pferde verkauft worden sind. Die Landwirte haben auf Verlangen Anzahlungen bis zu **2400 Mark** geleistet und dann vergebens auf die Zusendung der Pferde gewartet. Vor diesen Betrügern wird dringend gewarnt.

Breslau, den 17. Februar 1919.

**Landwirtschaftskammer
für die Provinz Schlesien.**

Der am 1. Februar 1899 zu Borek, Kreis Oppeln geborene Monteur Ignaz Sylla, der vom Untersuchungsrichter des Reichsgerichts in Köpenick wegen verschiedener schwerer Verbrechen lebenslang verfolgt wird, macht die Gegend von Czarnowanz, Kreis Oppeln, durch Revolvererschießereien unsicher und gefährdet dadurch Leben und Eigentum der Mitbürger.

Nähere Beschreibung des Täters fehlt zurzeit noch.

Ich fordere zur Nachforschung nach Sylla auf und sichere eine Belohnung von

500 Mark

demjenigen zu, der ihn festnimmt und ihn der nächsten Ortspolizeibehörde unter Angabe des Tatbestandes übergibt. Eine etwa erforderlich werdende Verteilung der Belohnung behalte ich mir unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

Oppeln, den 24. Februar 1919.

Der Regierungspräsident.

Trotzdem der Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 13./14. 11. 18. — II c 2425 — in allen amtlichen Publikationsorganen und in der Tagespresse bekannt gemacht worden ist, gehen immer noch Meldungen ein, daß die Gendarmen, besonders in Oberschlesien, sowohl vom Publikum als auch von den örtlichen Arbeits- und Volksräten gewalttätig entworfen werden. Auch sind von den Arbeiter-pp.-Räten nicht selten bei Gendarmen zwangsweise Durchsuchungen ihrer Wohnungen vorgenommen worden. Es scheint bei diesen Orgonen die irrümliche Ansicht zu bestehen, daß sie das Recht der Vollstreckungsbehörden bezim. Beamten haben. Teilweise sind die Gendarmen den betreffenden Personen mit der Waffe in der Hand entgegengetreten. In einem Falle hat ein Gendarm von dem Recht der Notwehr Gebrauch gemacht und den Volksrat, der zwecks Vornahme einer Durchsuchung in seine Wohnung gewalttätig eindringen wollte, erschossen. Meistens haben sie aber, um Blutvergießen zu vermeiden, die Ruhe bewahrt und die Vergewaltigungen über sich ergehen lassen. Ihr Ansehen hatte dadurch wesentlich gelitten und sie mußten verfehlt werden. Nach dem Erlaß des Ministers des Innern vom 19. Dezember 1918 — II c 2557 — sollen Verletzungen möglichst nicht stattfinden. Um dem Rechnung zu tragen und um derartige unliebsame Vorkommnisse zu verhüten, wird das Publikum und besonders die Arbeiter- und Volksräte nochmals darauf hingewiesen, daß die Entwaffnung der Gendarmen und die unmittelbare Anwendung von Zwangsmitteln gegen sie unstatthaft ist und daß den Gendarmen gegen derartige Vergewaltigungen das Recht der Notwehr zusteht.

Wenn den Volks-pp.-Räten eine von einem Angehörigen der Gendarmerie begangene strafbare Handlung bekannt wird, so kann ihnen nur das Recht zugesprochen werden, dem zuständigen Landrat oder der 6. Gendarmerie-Brigade zu Breslau, nötigenfalls telegraphisch Anzeige zu erstatten, worauf die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

Beilage zum Rybniker Kreisblatt Stüd 10.

Rybnik, den 8. März 1919.

Anzeiger für das Kreisblatt.

Alle Sorten

Gemüsejamen

auf Keimfähigkeit amtlich geprüft (Karotten, Möhren, Kohl, Kohlrüben, Kopfsalat, Gurken, Spinat pp.) von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst offeriert zu günstigen Preisen, in allen Quantitäten prompt lieferbar. Anfragen bezw. Aufträge mit Angabe des Bedarfes zu richten an

Fa. A. M. Loewes Witwe,
Loslau O.-S.

Aufgebot.

Der Branereibesitzer Hugo Scobel in Gleiwitz, Böwenstraße, vertreten durch Justizrat Drieger in Gleiwitz, hat das Aufgebot des angeblich verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 25. Januar 1899 über die auf dem Grundbuchblatte Nr. 165 Smolna in Abteilung III unter Nr. 4 für den früheren Plakauffseher, jetzigen Kaufmann Josef Böhm, früher in Bismardhütte jetzt in Deutsch Rasselwitz eingetragenen zu 5% verzinliche Darlehnsforderung von 3000 Mk. beantragt.

Der Inhaber der genannten Urkunde wird aufgefördert, spätestens in dem auf den 2. Juni 1919, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Zimmer Nr. 7 anderaumten Aufgebotsstermino seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt werden wird.

Rybnik, den 25. Februar 1919.
Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Selterfabrikant Herr Franz Horzan aus Glasin beabsichtigt auf seinem Grundstück Hyp. Nr. 656 Pischow ein Wohnhaus nebst Selterfabrik zu errichten.

Dieses Vorhaben bringe ich zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerkten, daß Zeichnungen und Lagepläne, aus welchen der geplante Bau ersichtlich ist, in der Zeit vom 3. März bis 24. März cr. in dem Büro des Gutsvorstandes in Pischow während der Dienststunden öffentlich zu jedermanns Einsicht ausliegen werden.

Einsprüche gegen den geplanten Bau sind innerhalb der obenbezeichneten Auslegungsfrist bei dem Unterzeichneten anzubringen.

Pischow, den 25. Februar 1919.
Der Amtsvorsteher.

Dachdeckerarbeiten

in Schiefer und Dachziegeln aller Art übernimmt

V. Cyris, Dachdeckermeister,
Rybnik, Neuer Ring 6.

Das Betreten des Fußsteiges über meine Wiese, Grundbuch Nr. 7 Groß-Thurze, ist bei Strafe verboten.

Schachtmeister Walla,
Groß-Thurze.

Am 28. Mai 1919 Vorm. 9 $\frac{1}{2}$ Uhr soll in unserm Zimmer 76 das auf den Namen der Witwe Julie Siemko eingetragene Grundstück Blatt 111 Haus Loslau bestehend aus Anteil an ungetrennten Hofräumen Haus Synagogenstraße Nr. 100 a und Acker am Jastrzemb'er Wege 15,60 ar groß mit 0,49 Taler Grundsteuerreinertrag und 150 Mark Gebäudesteuernutzungswert zum Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Amtsgericht Loslau.

Die Oberförsterei Rybnik verkauft öffentlich meistbietend am 11. April 1919 Vormittag 9 Uhr im Restaurant Victor Schäfer zu Rybnik am Amtsgericht von Konsumenten ausgesuchte Hölzer.

Die Nummern der ausgesuchten Hölzer sind bis zum 20. März auf der Oberförsterei abzugeben. Spätere Angaben bleiben unberücksichtigt.

Rybnik, den 27. Februar 1919.
Der Forstmeister.

Gasteer

wird verkauft. Gebinde sind mitzubringen.

Städt. Gaswerk Rybnik.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Rybnik.

Bekanntmachung.

Durch Verordnung der Regierung vom 22. November 1918 (R.-G.-Bl. Seite 1321) ist eine Erweiterung der Krankenversicherungspflicht dadurch erfolgt, daß die Versicherungshöchstgrenze für die im § 165 Ziffer 2—5 und 7 der Reichsversicherungsordnung genannten Personentreise (Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Beihilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitgliedern, Lehrer und Erzieher und die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge) auf M. 5000 für das Jahr, M. 416,67 monatlich festgesetzt ist.

Die Verordnung ist bereits am 2. Dezember 1918 in Kraft getreten. Durch diese Verordnung sind alle, obigen Personentreisen angehörigen Angestellten mit einem Einkommen bis zu M. 5000 versicherungspflichtig geworden und es ergeht daher hierdurch an alle Arbeitgeber die Aufforderung, alle bisher zur diesseitigen Kasse noch nicht gemeldeten Angestellten, deren Einkommen den Betrag von M. 5000 nicht übersteigt, sofort zur Kasse anzumelden. Auch Mitglieder von Ersatzen und wegen Überschreitung der bisherigen Versicherungshöchstgrenze abgemeldete, dann aber freiwillig weiter versicherte Angestellte sind anzumelden. Ausgehend gewährte Teuerungszulagen und andere ständige Nebeneinnahmen sind bei Berechnung des Arbeitsverdienstes zu berücksichtigen und anmeldepflichtig.

Die rechtzeitige und richtige Anmeldung der durch oben genannte Verordnung versicherungspflichtig gewordenen Personen, sowie auch aller etwa noch nicht gemeldeten Gehalts- bzw. Lohnerhöhungen erwarten wir binnen 1 Woche und werden wir dann nachprüfen lassen, ob dies seitens der Herren Arbeitgeber restlos geschehen ist.

Die nicht rechtzeitige oder unvollständige Anmeldung versicherungspflichtiger Mitglieder und deren Lohnveränderungen sind in den §§ 530 ff. R.-G.-O. mit empfindlichen Strafen bedroht.

Rybnik, den 5. März 1919.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse
des Kreises Rybnik.

Dr. Ogorek, Vorsitzender.

**Cigarrenhändlern, Warenhäusern, Militär-
und Fabrik-Kantinen, Grossisten**

empfehle ich meine vorzüglichen

Tabak-Ersatzstoffe

1/10 Pfund Packung 50 Pfennig { Kleinver-
1/10 " " " " " " 95 " { kaufspreis.

Probe-Postpaket enthaltend 8 Pfd. in 1/10 oder 1/5 Pfd. Paketchen ein-
schliessl. Porto M. 80,70 unter Nachnahme Grossisten erhalten Rabatt.

H. F. Hanert, Oschersleben (Bode)

Tabak- u. Cigarren-Fabriken.

Sonntag, den 16. März 1919
nachmittags 4 Uhr findet im
Schloßrestaurant die ordentliche

Haupt-Versammlung

der Deutschen Volksbank e. G.
m. b. H. zu Rybnik statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht,
2. Bericht der Revisions- u. Rechnungs-kommission,
3. Beschlussfassung gemäß § 26 des Statuts,
4. Freie Anträge.

Anträge müssen spätestens 3
Tage vor Sitzung dem Aufsichts-
ratsvorsitzenden eingereicht werden.
Die Geschäftsbücher liegen im
Geschäftslokal zur Einsicht aus.

Günther.

Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Die Brücke bei der Reithahn in
Rauden auf dem Wege Rauden—
Jakobsvalde wird wegen Instand-
setzung während 1 Woche gesperrt.
Umfahrt durch Przemyce.

Der Herzogliche Bahnhof
Brantolla.

Rechtsbüro

Rybnik, Lohnastr. 5, Heumarkt.
empfiehlt sich zur Bearbeitung
aller schriftlicher Arbeiten.

E. Golla.

Obstbäume

habe in den besten für hiesige
Gegend geeigneten Sorten in
starker wüchsiger Ware abzugeben.
J. Müller, Gärtnerei, Baumschule.
Rybnik, Fernsprecher 1061.

Dem geehrten Publikum von
Rybnik und Umgegend zur gefl.
Kenntnis, daß ich hierorts ein

Installationsgeschäft

für Bierbrühdapparate, Wasserleitung,
Kanalisation, Badeeinrichtungen,
Heizanlagen, Pumpen aller Art sowie
Schwach- und Starkstromanlagen
und Alarmläden eröffnet habe.

Carl Smolka, Installateur
Fuchstraße.